



Protokoll der Steuerungsgruppe Kinderschutz (SG KS) vom 27.05.2016

Ort:	Kreisverwaltung TF, Luckenwalde, Raum A3-1-02
Zeit:	09:00-11:15 Uhr
Anwesende:	Frank, Matzke (R I), Constanze Mücke (R II) ab 9:04 Uhr, Heike Krautz (R III), Claudia Sponholz (PI Luckenwalde), Gudrun Buchmann (Soz. A), Swen Ennullat (AL JA) bis 9:53 Uhr, Diana Zabel (Koord. FH), Gerd Herpay (JA, SG 51.3 TV), Julia Andreß (GA), Janina Kolkmann (LSA), Ria von Schrötter (JHA) und Heike Becker-Heinrich (JA, KSK)
Entschuldigt:	Ines Dickhoff und Ines Dommann (R IV), Marion Lindner, Gesine Siems (R II), Raissa Erbis (GA), Katja Wöller (OA)
Protokollführung:	Heike Becker-Heinrich

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Sprecher der Arbeitsgemeinschaft

Herr Matzke begrüßte die Anwesenden. Mit bis 9:53 Uhr 12, danach 11 von 14 stimmberechtigten Mitgliedern (Vertretern) ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

2. Informationen zu noch offenen Punkten aus dem Protokoll vom 26. 2.2016

Unterarbeitsgruppe Interdisziplinäre Frühförderung (UAGIFF)

Frau Zabel teilte mit, dass sich die UAGIFF inzwischen gegründet und einmal getroffen hat. Drei weitere Termine für ___Juni, ___September und ___November sind geplant.

Beim ersten Treffen wurde u.a. die noch stark ausbaufähige Zusammenarbeit mit den Kinderärzten thematisiert und verabredet, mit Dr. Schmitt (Krankenhaus Ludwigsfelde, Geschäftsführung Netzwerk Gesunde Kinder) zu möglichen Qualifizierungen ins Gespräch zu gehen.

Die Gründung der geplanten UAG Familienbegleitbuch steht noch an.

Der nächste Termin des Arbeitskreises Frühe Hilfen ist am 7.9.2016.

Frau Zabel teilte mit, dass die Angebotsprüfung der Übergänge Kita-Schule anstehe. Sie gab ein „Best-Practice“ Beispiel aus Stülpe herum. Dort werden die Kitakinder von der Schule zum Schnuppertermin eingeladen. Nach Infos von anderen Eltern sei dies keine einheitliche Praxis der Schulen im Landkreis.

Frau Kolkmann erwiderte, dass im Rahmen der Kooperation von Kindertagesstätten und Grundschulen alle Schulen solche Termine anbieten würden.

3. Unbegleitete minderjährige Ausländer (umA) / unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) aktuelle Informationen der Mitglieder

Aktuelle Zahlen und Infos vom JA

Herr Ennullat teilte mit, dass sich aktuell 98 UMA insgesamt im Landkreis aufhalten. Davon sind 21 Kinder/Jugendliche in Begleitung in den GU, die anderen UMA sind in den Erstversorgungs- und Jugendhilfeeinrichtungen.

9 weitere UMA seien angekündigt, aber noch nicht eingetroffen.

Herr Herpay wies auf stagnierende Zahlen seit Jahresbeginn hin. Die Platzvorhaltung ist fraglich, da es keine Prognosen für das Jahr 2016 gibt. Die Erstversorgungseinrichtungen sind aktuell nicht ausgelastet.

Zurzeit entsprechen sie allerdings auch noch nicht dem Jugendhilfestandard nach § 34 SGB VIII. Zwei Träger sind dabei die Standards zu erreichen und dazu noch auf Fachkräftesuche. An den Standorten Wünsdorf und Trebbin wird dies voraussichtlich in Kürze von verschiedenen Trägern realisiert sein, so dass die Betriebslaubnis durch das Ministerium erfolgen könnte.

Thema Schulmaterialien

Frau von Schrötter machte darauf aufmerksam, dass es für die 16 und 17 jährigen Geflüchteten an den OSZ unterschiedliche Kostenleistungen der Schulmaterialien gibt. Die UMA erhalten über die Jugendhilfeleistungen die Materialien, aber bei den Jugendlichen in den GU sei die Finanzierung nicht einheitlich, oder gar nicht geregelt. Sie fragt nach dem aktuellen Stand.

Frau Kolkmann wies darauf hin, dass Lernmaterialien in Selbstbeteiligung anzuschaffen sind; was für alle Schüler/innen gilt. Das Schulamt hat keinen Einfluss auf Kostenerstattung.

Herr Herpay teilte mit, dass Frau Müller (SGL Planung Controlling Finanzen im JA) das Ministerium diesbezüglich angeschrieben habe. Aktuell gibt es zwischen Sozialamt und Jugendamt dazu noch keine Klärung.

Frau Buchmann ergänzte, dass im Bereich der Eingliederungshilfe noch keine Anträge eingegangen sind. Sie nimmt das Thema mit ins Sozialamt, um den zuständigen SGL, Herrn Kohl, zum Stand zu befragen.

Infos vom Staatlichen Schulamt

Frau Kolkmann teilte mit, dass es im staatlichen Schulamt Brandenburg an der Havel strukturelle Änderungen gab und noch geben wird. Die neue Sachbearbeiterstelle Migration wird voraussichtlich ab August besetzt werden. Für die beruflichen Schulen (OSZ) ist der Schulrat Christoph Wricke zuständig (Email: Christoph.Wricke@schulaemter.brandenburg.de, Tel.: 03381 397464). Für die Grundschulen bleiben die bisherigen Schurätinnen weiterhin Ansprechpartnerinnen. Frau Kolkmann wird ab 01.08.2016 neue Aufgaben übernehmen. Ihr Nachfolger für die weiterführenden Schulen wird dann Herr Christof Kürschner werden. Auf Nachfrage konnte sie noch keine Aussage treffen, wer dann das Staatliche Schulamt in der SG KS vertritt.

Absprache: Frau Kolkmann bleibt Ansprechpartnerin, bis die Neuregelung besteht und gibt die Informationen des Netzwerkes Kinderschutz Teltow-Fläming an die Kollegen weiter.

Zur schulischen Situation teilte Frau Kolkmann mit, dass inzwischen in Jüterbog, Luckenwalde, Ludwigsfelde und Dahlewitz Vorbereitungsklassen eingerichtet sind. In der EAE gibt es aktuell vier Lerngruppen, die auf 6 Lerngruppen erhöht werden sollen, wenn das Fachpersonal dafür vorhanden ist. Die Auswahlgespräche sind angelaufen. Aktuell gibt es in der EAE nur zwei Unterrichtsräume, weshalb die Gruppen entsprechend am Vor- bzw. Nachmittag unterrichtet werden. Weitere Unterrichtsräume wie auch ein Lehrerzimmer sollen noch eingerichtet werden.

Frau Becker-Heinrich merkte an, dass die Haltung der Fachkräfte bereits Thema mit der EAE waren und bittet Frau Kolkmann dies im Gespräch mit der EAE aufzugreifen.

Für das kommende Schuljahr ist laut Planung ein Erhalt der bisherigen Angebote vorgesehen. Inzwischen gab es bereits erste Wechsel aus den Vorbereitungsklassen in die Regelbeschulung.

Frau Becker-Heinrich wies darauf hin, dass sie aus einer GU hörte, dass dort die individuelle Absprache mit der Grundschule erfolgte, dass Vorschulkinder ohne Kitaplatz bereits in die Willkommensklassen einmünden sollen. Frau Kolkmann ergänzte, dass dies sehr individuelle Entscheidungen auf Grundlage der vorhandenen Kapazitäten seien. Da aber in Jahrgangsstufe 1 umgehend Regelbeschulung erfolgt, ist die Integration von Kindern, die noch nicht schulpflichtig sind in Vorbereitungsgruppen schwierig.

An den OSZ sind an beiden Standorten zusammen vier Gruppen etabliert, die auch im kommenden Schuljahr im Bestand bleiben sollen.

Die BUSS-Berater und DaZ Lehrkräfte haben eine Arbeitsgruppe gebildet, um gemeinsam einheitliches Unterrichtsmaterial zu erstellen. Angedacht ist dies für alle vier Bereiche (Lesen, Sprechen, Hören, Schreiben).

Frau Kolkmann hat bei allen DaZ-Kräften hospitiert und dabei auch Qualitätsunterschiede festgestellt. Auswertungen haben stattgefunden, entsprechende Fortbildungen mit Arbeitskreis TF über die BUSS-Beraterin für DaZ beginnen noch dieses Schuljahr. Auch wenn weiterhin Personal notwendig ist, so wird die Personalauswahl nach fachlichen Kriterien getroffen. Es erfolgt keine vorschnelle Einstellung.

Weiteres zum Thema Schule

Herr Herpay sprach die weiterhin zu steigende Kommunikation zwischen den Behörden (Schulamt, JA, OSZ) an und bezog sich auf die Erfahrungen mit der Beschulung am OSZ in den sogenannten „+-Klassen“. Die UMA hatten begierig auf die Beschulung gewartet, die dann zunächst nur an einem Wochentag erfolgte, inzwischen auf vier Wochentage gesteigert wurde. Die Enttäuschung der Jugendlichen sei zu Beginn sehr hoch gewesen, da sie mehr Unterricht erwartet hatten. Die Jugendhilfeeinrichtungen und das JA waren leider auch nur unzureichend informiert, so dass die Jugendlichen nicht entsprechend vorinformiert werden konnten.

Frau von Schrötter griff das Thema auf und wies darauf hin, dass die vier Schultage noch zu wenig seien, um gute Tagesstruktur zu entwickeln und halten. Sie hofft auf eine 5 Tageweche Grundbildung ab dem kommenden Schuljahr.

Herr Herpay bedauert, dass die in Kürze 18 Jährigen aus den Klassen rausfallen, da die Schulpflicht mit 18 Jahren endet, sieht aber bei der Personengruppe weiteren Beschulungsbedarf.

Er teilt mit, dass die Jugendhilfe an der Produktionsschule für diese Zielgruppe eine Maßnahme etablieren wird.

Ein weiteres Problem bezüglich der Beschulung am OSZ seien geänderte Zugangsbedingungen, so dass die Voraussetzungen an den A2 Sprachstand festgemacht werden. Damit würden einige aktuell beschulten Personen aus der Beschulung herausgenommen und künftige nicht aufgenommen werden. Insbesondere die Analphabeten haben somit keine Lernchance.

Frau Kolkmann teilte mit, dass auch das Schulamt diesbezüglich das Ministerium angesprochen hatte und bat die Netzwerkpartner, sich ebenfalls an die zuständige Behörde – das Ministerium – zu wenden. Für diese Zielgruppe hat das Staatliche Schulamt keine Lehrerstellen zur Verfügung, so dass es keine Angebote machen kann, da bisher von Seiten des MBS keine schulrechtliche Grundlage geschaffen wurde.

Frau von Schrötter weist auf die Schulpflicht bis 18 Jahre hin, dabei dürfen (fehlende) Sprachkenntnisse kein Beschulungsausschluss sein.

Absprache: Frau von Schrötter bringt die Problematik auf der politischen Ebene im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport ein.

Türöffner Zukunft Beruf

Frau Zabel hat im Bereich der Jugendförderung Informationen vom MBS zu diesem geplanten Angebot erhalten und fragt nach, wie die Haltung des Staatlichen Schulamtes zur Thematik ist. Frau Kolkmann verwies auf den zuständigen Kollegen, Ch. Wricke und bat um Anfrage bei ihm.

4. Migrationssensibler Kinderschutz

Frau Becker-Heinrich verwies auf ein Treffen von Jugendamt, Sozialamt und Mitarbeiter/Trägerverantwortlichen von Gemeinschaftsunterkünften (GU) für Geflüchtete am 15.4.2016 in der Kreisverwaltung hin. Sie selbst konnte an dem Termin nicht teilnehmen, sondern nur Material zurarbeiten. Frau Müller hatte für die GU Informationsmappen zur Arbeit des Jugendamtes und weiterer Infos erstellt und ausgehändigt. Eine Mustermappe wurde in der SG KS zur Ansicht herumgereicht. Bei den inzwischen begonnenen Besuchen von JA-Mitarbeitern in den GU/EAE wurde bekannt, dass diese Mappen noch nicht überall bekannt und angekommen waren, aber ein Interesse am Erhalt einer Mappe besteht. Von Seiten des JA soll nochmals der Inhalt überprüft, aktualisiert und ggf. neu strukturiert werden, allerdings kann aus personellen Gründen noch keine Aussage zu einer Neuauflage erteilt werden.

Herr Herpay ergänzte, dass das Jugendamt mit einigen Mitarbeitern begonnen hatte, erste GU/EAE zu besuchen, um einen persönlichen Erstkontakt herzustellen. Da laut Auskunft des Flüchtlingskoordinators in allen GU auch Familien aufgenommen werden, ist seitens des JA beabsichtigt, alle Einrichtungen zu besuchen.

Im Rahmen der Veranstaltung am 15.4.2016 war abgesprochen worden, dass gemeinsame Veranstaltungen zum migrationssensiblen Kinderschutz durchgeführt werden sollten. Beim ersten Treffen am 25.5. waren jedoch nur zwei Sozialarbeiter des IB anwesend. Sie teilten mit, dass überwiegend noch immer der Personalschlüssel bei 1:120 liege, was Netzwerkarbeit und Qualifizierung erschwere. Auch Herr Leitner (Moderator, Fachstelle Kinderschutz) hatte in anderen Landkreisen die aufsuchende Arbeit des JA als möglichen Weg benannt.

Absprache: die Thesen zur Situation von Kindern, Jugendlichen und deren Familien in GU bzw. EAE im Land Brandenburg, die die Fachstelle Kinderschutz im Workshop zusammengestellt hatte, werden dem Protokoll angefügt.

Es folgte die Powerpoint -Präsentation von Gerd Herpay zum migrations-sensiblen Kinderschutz, die als Anlage dem Protokoll angefügt wird.

Frau von Schrötter sprach sich anerkennend über die Qualität des Vortrages aus und regte an, diesen auch für die Arbeit an Fachschulen der sozialen Arbeit zur Verfügung zu stellen, wie auch Fachkräfte im Landkreis damit zu qualifizieren.

Die Präsentation regte zur intensiven Diskussion an, die aber im Rahmen der zur Verfügung stehenden Zeit nur begonnen werden konnte. Nachfolgend ein paar Schlagworte für die noch zu vertiefende Diskussionen:

- Gewalt – migrations- oder strukturbedingt?
- Unterschiedliche Maßnahmen/Instrumente für verschiedenen Zielgruppen bei Verdacht auf KWG?
- Kinder als Übersetzer – mit Blick auf Kinderschutz!
- Stadtteilmütter als ein mögliches Projekt ...
- Passende Angebote der Jugendhilfe – neu zu schaffende Angebote
- Fortbildungsnotwendigkeit und -möglichkeit für Fachkräfte

Frau Zabel wies wiederholt auf das geringe Budget im Bereich der Familienhilfe zur Schaffung neuer Angebote hin. Frau Becker-Heinrich ergänzte, dass Prävention und Interaktion parallel vorangebracht werden müsse.

5. Sonstiges

Termine

Fortbildungsveranstaltungen des Netzwerkes Kinderschutz 2016

- Interkulturelle Kompetenz, Frau Wolf, 16.06.-17.06.2016 – aktuell 2 freie Plätze
- Frühe Warnzeichen einer KWG bei Säuglingen und Kleinkindern, Fr. Derksen, 11.07.2016 - ausgebucht, Warteliste angelegt.
- gewaltfreie Kommunikation, Fr. Hoffmann, 19.09.2016 – ausgebucht, Warteliste angelegt.
- Umgang mit Verdacht auf sexuellen Missbrauch, Herr Müller, 09.11. 2016 - ausgebucht, Warteliste angelegt.
- Interessenlisten für Themen Drogen, Sorgerecht, Willkommenskultur sind angelegt, noch keine Entscheidung zur Durchführung
- Inhouseschulungen – bisher 11 Termine vereinbart, davon bereits 8 Termine durchgeführt. 1 Absage erfolgte durch Einrichtung und zwei Termine stehen noch an. Interessenten sind bisher Oberstufenzentren, Kindertagesstätten, freie Träger der Jugendhilfe.

Weitere Inhouseschulungen sind nach individueller Abstimmung mit Frau Becker-Heinrich möglich.

Fachtag „Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes“ am 30.-31.5.2016 in Berlin, Veranstalter ist die Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (agfj) (Frau Zabel und Frau Becker-Heinrich sind angemeldet)

Die nächste Sitzung der **SG KS findet am Freitag, d. 30.9.2016** von 09:00-11:00 Uhr in Raum A3-1-02 (Raum Jüterbog) statt.

Frau Zabel wies auf kostenfreie Fortbildungsangebote vom Paritätär hin.

Absprache: Die Angebote werden als PDF dem Protokoll angefügt.

Infos

Kinder- Jugendnotdienst (KJND), Kinder- Jugendnotruf –(KJNR)

Herr Matzke teilte mit, dass der KJND am 2.Mai im Gebäude am Haag 5 in Luckenwalde gestartet ist. Zunächst wurde mit einer Gruppe mit 6 Kindern begonnen, die inzwischen voll belegt ist. Eine weitere Gruppe soll eröffnet werden, wenn das Fachpersonal vorhanden ist.

Er sagte, dass er der Führung Polizei die Info zum Start der Einrichtungen mit allen Kontaktdaten gegeben hatte, aber zu Beginn die Infos noch nicht bis zu den „Polizeiautos“ durchgestellt waren, so dass es zunächst Irritationen bezüglich der Einrichtung gab. Inzwischen seien die Infos allen durchgestellt.

Die offizielle Eröffnung erfolgt vom Eigentümer des Gebäudes (Stadt Luckenwalde) am 16.6.2016

Zum KJNR sagte Herr Matzke, dass entgegen der bisherigen Statistik das Telefon reichlich klingelt und bereits 3x rausgefahren werden musste.

Frau Becker-Heinrich ergänzte, dass sie Notrufnummer (0800 4567809) beibehalten wurde. Der Ruf geht weiterhin bei der Leitstelle ein, die während der Sprechzeiten an das Jugendamt, SpD durchstellt. Außerhalb der Sprechzeiten wird das Gespräch an den KJND durchgestellt.

R IV- Wahl der Sprecherin der Region:

Am 27.4.2016 wurde für weitere zwei Jahre Frau Ines Dickhoff zur Sprecherin gewählt. Damit bleibt sie weiterhin auch Mitglied der Steuerungsgruppe Kinderschutz.

„insoweit erfahrene Fachkräfte“ (ieFk)

Bedingt durch personelle Änderungen bei freien Trägern der Jugendhilfe, hat sich der Pool der ieFk aktuell verkleinert. Da bisher aber sehr wenige externe Anfragen eingegangen sind, besteht hier aktuell kein Handlungsbedarf.

Evaluation der Einsätze 2015 der ieFk nach § 8a SGB VIII:

2015 gab es insgesamt 17 Personen/Institutionen die als „insoweit erfahrene Fachkräfte“ von ihren Trägern für den Einsatz im Landkreis Teltow-Fläming benannt waren. 16 Personen haben sich an der Evaluation beteiligt, davon hatten 9 Personen keine Einsätze als ieFk in 2015. Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich auf die 7 ausgewerteten Einzelevaluationen für das Jahr 2015.

Es gab 38 Einschaltungen und 38 Bearbeitungen. Davon waren 3 noch aus dem Jahre 2014. Die Erstberatung fand 16x telefonisch und 23x persönlich statt. 27x war eine interne Gefährdungseinschätzung möglich, 6x wurden externe Fachkräfte zur Gefährdungseinschätzung hinzugezogen. 12x gab es eine Empfehlung zur Einschaltung des Jugendamtes. Als Beratungsanlässe wurden 19x Vernachlässigung, 18x Misshandlung/Gewalt und 9x Sonstiges benannt. Die gesamte Evaluation ist auf der Internetseite des Netzwerkes Kinderschutz eingestellt.

Evaluation der Einsätze 2015 der ieFk nach § 8b SGB VIII und § 4 KKG:

Das Angebot wird von den beiden Erziehungs- und Familienberatungsstellen (EFB) im Landkreis wahrgenommen, doch auch in diesem Jahr wieder sehr gering genutzt. Eine EFB hatte keine einzige Einschaltung in 2015, die andere EFB hatte zwei Beratungsanfragen, die beide in persönlicher Erstberatung eingeschätzt wurden. Bei beiden Beratungen war eine interne Klärung in der Einrichtung möglich, so dass es nicht zur Einschaltung des Jugendamtes kam. Ursachen waren einmal Vernachlässigung und einmal Misshandlung/Gewalt. Die gesamte Evaluation ist auf der Internetseite des Netzwerkes Kinderschutz eingestellt.

„Besorgte Eltern“

Info von Frau Becker-Heinrich, dass sie das Thema in allen vier Regionen anlässlich der Regionalkonferenzen Kinderschutz erörtert hat.

Einige wenige Kindertagesstätten im Landkreis Teltow-Fläming haben unaufgefordert die Broschüre - Die verborgenen Wurzeln der „Modernen“ Sexualaufklärung – o.g. „Besorgten Eltern“ erhalten.

In Potsdam ist die Ansprechpartnerin der „Besorgte Eltern“ Brandenburg, Frau Renate Weber. Sie hat ein Informationsschreiben mit Datum 11.1.2016 an Erzieherinnen und Erzieher zum Thema Sexualerziehung in Kindergärten verfasst. (www.besorgte-eltern.net)

Diese „besorgten Eltern“ bezeichnen sich als Zusammenschluss von Eltern – unabhängig von politischer Herkunft und religiöser Einstellung, die besorgt sind über die Frühsexualisierung ihrer Kinder. Sie äußern sich sehr kritisch zum Thema Gender, Sexualaufklärung, Pro familia, ...

Laut Spiegel online vom 12. Februar 2015 gehen sie bundesweit gegen den Sexualekundeunterricht auf die Straßen. Dabei würden sie Unterstützung von radikalen Christen, rechten Verschwörungstheoretikern und Homophoben erhalten.

Frau Becker-Heinrich hatte eine Anfrage an das mbjs und an Herrn Prof. Dr. Maywald zur Gruppe per Mail gesendet. Frau Klevenz vom mbjs hatte telefonisch mitgeteilt, dass bisher die Einrichtungen auf dieses Material kritisch reagiert haben, aber auch nicht von Eltern direkt angesprochen wurden. Bisher sieht sie keinen Bedarf, eine Empfehlung auszusprechen. Von Seiten der Kitapraxisberaterinnen gab es ebenfalls keine weiteren Informationen zu der Gruppe. An Rückmeldungen zum Thema ist Frau Klevenz interessiert.

Die Rückmeldung von Herrn Maywald erfolgte per Mail. Er teilte mit, dass ihm die Anliegen und Aktivitäten der sogenannten „Besorgten Eltern“ bekannt sind, u. a. auch aus Baden-Württemberg. Er teilt die von dieser Gruppe vertretenen Ansichten nicht und weist darauf hin, dass Kinder, die sich angemessen mit Sexualität

beschäftigen, dadurch nicht nur notwendiges Wissen erwerben, sondern auch besser vor Grenzverletzungen und sexuellem Missbrauch geschützt sind.

Ganz unabhängig von diesen anerkannten Fachstandards müssen jegliche Sorgen von Eltern selbstverständlich ernst genommen werden, zumal häufig in diesen Sorgen ein Körnchen Wahrheit mitschwingt. Er schrieb weiter, dass ebenso selbstverständlich es auch im Bereich der Sexualpädagogik Ansätze gibt, die nicht kindgemäß und daher problematisch sind.

Frau Becker-Heinrich bat die Netzwerkpartner, sich im Bedarfsfall zu melden. Bisher gab es dazu keine Rückmeldung von Netzwerkpartnern.

KomDat Mai 2016 Heft Nr. 1

Themen sind u.a. Eingliederungshilfen – zunehmend eine Frage der Kooperation von Jugendhilfe und Schule

Neue Wissensbasis mit Verbesserungspotenzial – „8a-Statistik“ auf dem Prüfstand (Auch bei EVA BKiSchG bereits aufgegriffen)

Handlungsbedarf

Frau Becker-Heinrich wies auf die o.g. Themen hin und sieht insbesondere für die Eingliederungshilfen Koop. Schule/Jugendhilfe Gesprächsbedarf mit den zuständigen Behörden. Frau Buchmann griff das Thema auf und erweiterte den Bedarf auch auf Kinder in Tagesbetreuungseinrichtungen. Wiederholt erhält sie Infos, dass Betreuungseinrichtungen die Betreuungsverträge kündigen, wenn die Kinder „verhaltensauffällig“ sind. Das könnten die Einrichtungen nicht leisten. Davon seien auch stationäre Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe betroffen.

Frau Sponholz ergänzte, dass sie im Rahmen Ihrer Arbeit an Schulen von den Lehrkräften zunehmend den Bedarf für Elternveranstaltungen genannt bekommt, zu dem Dritte die Eltern bezüglich deren Erziehungsauftrages informieren sollten.

Frau Zabel sieht auch hier die Möglichkeit den Bereich der Familienförderung mit präventiven Angeboten zu nutzen, sofern der Bereich finanziell besser ausgestattet wäre. Sie ergänzte, dass es auch fehlende Träger für mögliche neue Angebote gäbe.

Beratung nach § 8b SGB VIII

Frau Zabel teilte mit, dass die EFB'en Flyer für ihr Angebot der Beratung nach § 8b SGB VIII erstellen werden.

Frau Becker-Heinrich ergänzte, dass bereits seit Langem konkrete Angaben dazu auf der Internetseite des Netzwerkes Kinderschutz Teltow-Fläming eingestellt sind und dass sie auch für die bereits genannten Mappen für die GU eine entsprechende Informationsseite erstellt hatte.

Mitteilungen KWG

Frau Becker-Heinrich teilte den Mitgliedern der Steuerungsgruppe KS mit, dass insbesondere bei den Schulen große Unsicherheit zur Mitteilung und dem eigenen internen Verfahren bestehe, wie sich in eingegangenen Mitteilungen oder auch nicht eingegangenen Mitteilungen zeigt. Sie bat Frau Kolkmann, die Schulen nochmals an die erhaltenen Materialien zu erinnern und diese auch allen Lehrkräften zur Kenntnis zu geben.

Zudem vermischen viele Lehrkräfte den eigenen Auftrag mit dem der Sozialarbeiter an Schulen. Die bestätigte Frau Mücke aus eigenen Erfahrungen. Sie regte an, dass das Thema in die Lehrerbildung aufgenommen wird.

Festlegung

Das für den 30.09.2016 geplante Schwerpunktthema Frühe Hilfen soll eingegrenzt und unter dem besonderen Blick der „Frühen Hilfen im migrationssensiblen Kinderschutz“ in die Fortsetzung der Auseinandersetzung zum migrationssensiblen Kinderschutz einfließen. Zum nächsten Termin soll die überwiegende Zeit für eine Diskussion zum migrationssensiblen Kinderschutz genutzt werden.